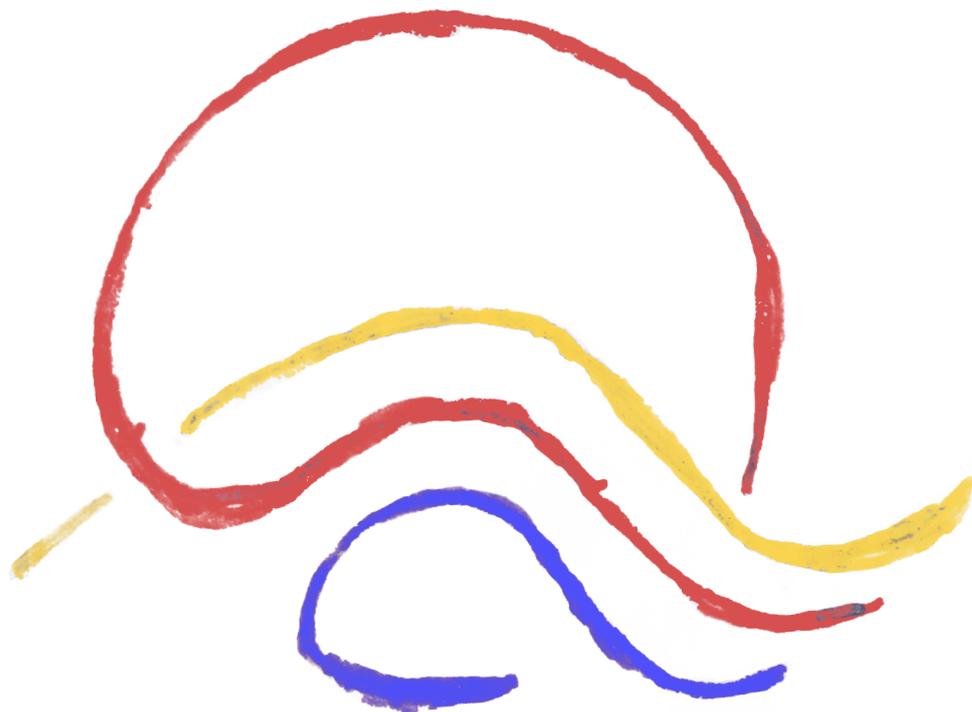
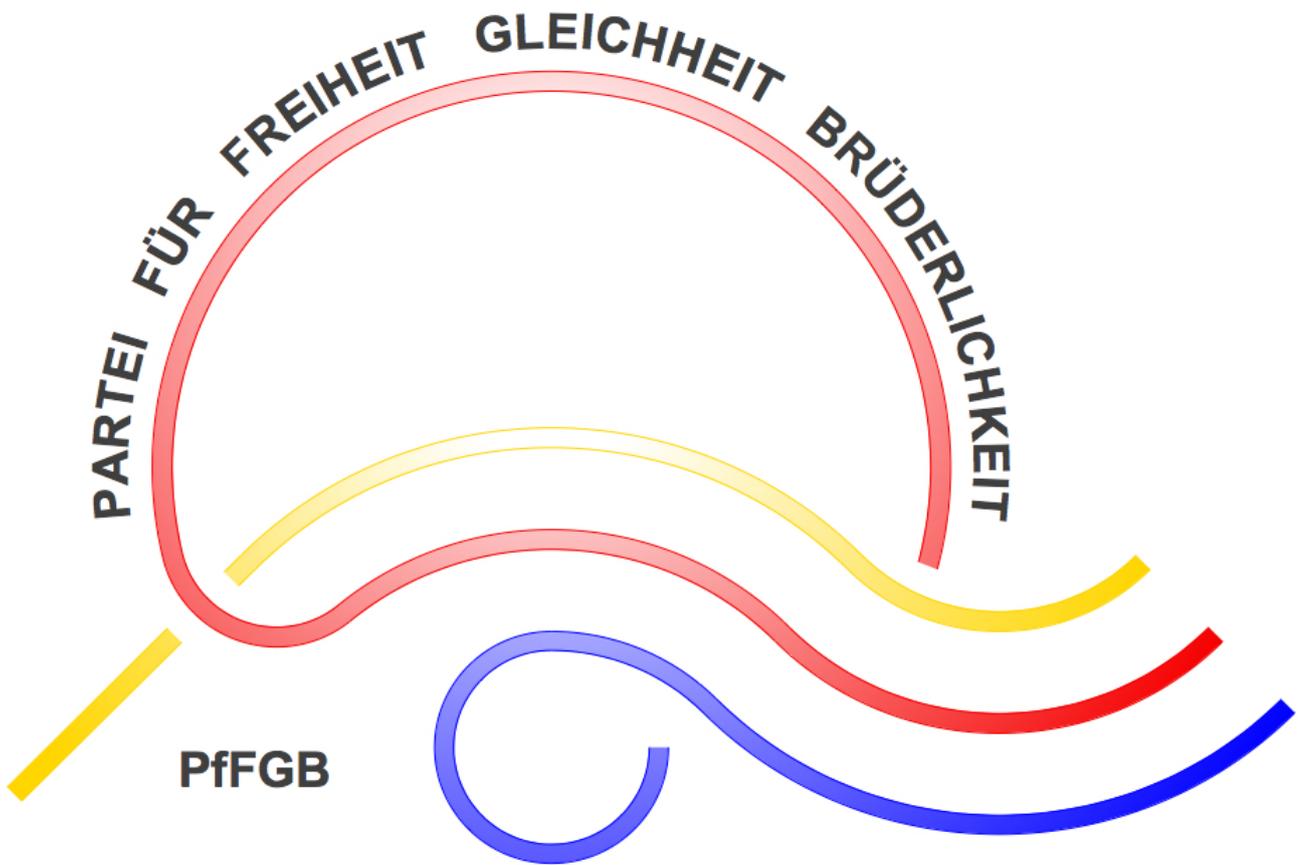

Partei für Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit

Programm



1. Ausgabe, 13.03.2018 (nicht mehr gültig)
2. Ausgabe, 04.05.2018 (nicht mehr gültig)
3. Ausgabe, 05.05.2018 (Partei Gründung)
4. Ausgabe, 13.07.2018 (redaktionelle Änderungen)
5. Ausgabe, 05.12.2018 (redaktionelle Änderungen)
6. Ausgabe, 27.03.2019 (redaktionelle Änderungen)
7. Ausgabe, 27.09.2020 (Parteitag 2020)



PRÄAMBEL	1
FREIHEIT IM GEISTESLEBEN	3
Für ein unabhängiges und selbstverwaltetes Bildungswesen	4
<i>damit sich unser Schul- und Universitätswesen frei entfalten kann</i>	
Für unabhängige Medien	5
<i>damit Berichterstattung vertrauensvoll wird</i>	
Für eine unabhängige Kulturförderung	5
<i>damit aus künstlerischer Betrachtung Kunst entsteht</i>	
Für das Hinterfragen der Finanzwirtschaft	6
<i>damit das Recht zur Geldschöpfung in verantwortungsvolle Hände gelegt werden kann</i>	
Für eine freie Impfscheidung	7
<i>damit sich kein gesellschaftlicher Zwang im Geistesleben etabliert</i>	
GLEICHHEIT IM RECHTSLEBEN	9
Für die Unverkäuflichkeit der menschlichen Arbeitskraft	10
<i>damit der Mensch seine volle Würde erhält</i>	
Für die Unverkäuflichkeit von Grund und Boden	11
<i>damit ein Pachtsystem entstehen kann</i>	
Für ein Wahlrecht des Volkes über die Ernennung seiner Richter	11
<i>damit diese vom Volk anerkannt werden</i>	
Für ein Mitbestimmungsrecht der Beitragszahler in den Krankenkassen	12
<i>damit ein passender Leistungskatalog entsteht</i>	
Für die Nichtbesteuerung des lebensnotwendigen Einkommens	13
<i>damit Leistung sich wieder lohnt ;:-)</i>	
Für eine selbstbestimmte Einwanderungspolitik	13
<i>damit die Achtung vor dem Recht nicht verloren geht</i>	
Für die Neutralität Deutschlands	15
<i>damit der Friede bewahrt wird</i>	
Für den Austritt aus der Nato	15
<i>weil wir an Kriegen nicht beteiligt sein wollen</i>	
Für den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsarmee	15
<i>damit die Neutralität geschützt werden kann</i>	
Für eine wirkungsvolle Spionageabwehr	15
<i>damit Freunde nicht zu Feinden werden</i>	
Für ein souveränes Europäisches Parlament	16
<i>damit das europäische Volk die europäische Union lenkt</i>	
Brüderlichkeit (Solidarität) im Wirtschaftsleben	17
Für eine Mindestrente	18

<i>damit Altersarmut entgegengewirkt werden kann</i>	
Für eine biologische Landwirtschaft	18
<i>damit unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben</i>	
Für die Abschaffung der Massentierhaltung	19
<i>damit unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben</i>	
Für eine ausgewogene Verkehrspolitik	19
<i>damit alle etwas davon haben</i>	
Anliegerkosten	19
ANHANG	20
Anhang A	21
Anhang B	22
ANSPRECHPARTNER	23

PRÄAMBEL

Wir wollen die drei Ideale Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit in den drei sich selbstverwalteten und von einander unabhängigen gesellschaftlichen Bereichen Kultur, Recht und Wirtschaft verwirklichen.

Das Freiheitsprinzip soll unsere Kultur beflügeln, damit unsere individuellen Fähigkeiten zur Geltung kommen können.

Es soll aber nicht in unserem Rechts**leben** wirken, wo die Freiheit zur Willkür wird. Und die Freiheit soll auch nicht im Wirtschafts**leben** herrschen, wo sie zum Recht-des-Stärkeren wird, wie es im Kapitalismus der Fall ist.

Das Gleichheitsprinzip soll in unserem Recht wirken und so zum friedensstiftendem Element in unserer Gesellschaft werden.

Die Gleichheit soll aber nicht unser Kultur- und Geistes**leben** vereinheitlichen oder gleichschalten. Die Gleichheit soll auch nicht das Wirtschafts**leben** der Menschen von seiner Bedürfniswahrnehmung und -Befriedigung abhalten, wie es im Kommunismus der Fall war.

Durch das Prinzip der Brüderlichkeit (Kooperation/Solidarität) soll unsere Wirtschaft genesen, um das wirtschaftliche Handeln nicht zum Konkurrenzkampf werden zu lassen. Die Forderung in der Corona-Krise, dass Verbraucher ihre lokalen Händler unterstützen und nicht über die großen Internetanbieter einkaufen sollen, ist eine Forderung nach eben dieser Brüderlichkeit in der Wirtschaft.

Im Kultur- und Geistes**leben** würde die Brüderlichkeit den Wettstreit der besten Ideen verhindern. Und im Rechts**leben** würde die Brüderlichkeit zur Ungerechtigkeit (z.B. Korruption) verkommen. Darum soll sie in diesen beiden Gebieten nicht zur Anwendung gelangen.

(Mit Brüderlichkeit ist die selbe Brüderlichkeit gemeint, wie sie in unserem Grundgesetz und in unserer Nationalhymne verwendet wird. Sie schließt Frauen, Männer und alle Menschen gleichermaßen mit ein.)

So hat jedes Ideal seinen eigenen Wirkungsbereich in dem wir es voll zur Geltung bringen wollen.

Die drei Wirkungsbereiche Kultur, Recht und Wirtschaft sollen nicht mehr intransparent im Einheitsstaat miteinander verflochten sein.

Andererseits hat jede gesellschaftliche Einrichtung Anteile an diesen drei Bereichen und muss darum auch allen drei Idealen gerecht werden. (Siehe Anhang A und B)

Die *Partei für Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit* erkennt die „Dreigliederung des Sozialen Organismus“ als eine Notwendigkeit für unsere Zeit und will aus dem lebendigen Verständnis dieser das gesellschaftliche Zusammenleben gestalten:

Für die Freiheit der Menschen im Geistesleben

Für die Gleichheit der Menschen im Rechtsleben

Für die Brüderlichkeit der Menschen im Wirtschaftsleben

Diese drei Prinzipien sind der Maßstab, an dem wir unsere Vorschläge für die gesellschaftlichen Reformen messen lassen wollen.

Wir bekennen uns zu den allgemeinen Menschenrechten (Siehe Anlage 1) und distanzieren uns von extremistischen Haltungen jeglicher Art.

Wir wollen die Neutralität für Deutschland.

Wir setzen uns für ein vereinigtes Europa im Rechtsleben ein.

Wir bekennen uns zu einem Welt- und Menschenbild, dass das Unsichtbare miteinbezieht.

In der *Partei für Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit* sind alle Menschen willkommen, die unsere Präambel, unser Programm und unsere Satzung befürworten können, um durch diese für den Frieden einzutreten.

FREIHEIT IM GEISTESLEBEN

Das Geistesleben umfasst das Bildungssystem, Kunst, Religion, die Rechtssprechung und alles Geistige, das sich auch materiell manifestiert.

Für ein unabhängiges und selbstverwaltetes Bildungswesen

damit sich unser Schul- und Universitätswesen frei entfalten kann

Der Mensch entwickelt sich zu geistiger Freiheit durch ein Freies Geistesleben, unabhängig von Staat und Wirtschaft. Dafür wollen wir die Bedingungen schaffen: Freie Schulen, Hochschulen und Universitäten, ohne staatliche Bevormundung und allein durch die Lehrenden verwaltet. Die Finanzierung soll für alle Schularten zu 100 % durch Steuergelder erfolgen.

Die individuelle Förderung soll im Vordergrund stehen. Allgemeine Fähigkeiten sind nur die Grundlage für geistige Entwicklung, die die Gesellschaft durch neue Ideen, welche bis ins Materielle wirken, verändern. Die Persönlichkeitsentwicklung ist das Entscheidende.

Ein Zentralabitur kann nicht die individuellen Fähigkeiten hervorzaubern, im Gegenteil, das Mittelmaß aller Schüler wird dadurch forciert.

Berufsausbildungen sollten schon in den Schulen angeboten werden, damit das schulische Umfeld während dieser Zeit erhalten bleiben kann.

Die Gesamtschule ist das Prinzip der Zukunft. Die Trennung der Gesellschaft fängt schon im Schulalter an. Aber ein gegenseitiges Verständnis kann erst im "Miteinander" wachsen.

Wir setzen uns für die Aufhebung der Länderhoheit im Bildungswesen zu Gunsten der Lehrenden ein. Sie werden ihre Verwaltung selbst in die Hand nehmen, um unabhängig von sachfremden Einflüssen ein freies Bildungswesen zu gestalten.

Wenn Inklusion zur Kosteneinsparung verkommt, dann ist das so ein sachfremder Einfluss.

Das Budget soll durch Richter bestimmt werden, um einen gesellschaftsfähigen Ausgleich zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen zu erzielen. (... siehe auch Seite 9 „Für ein Wahlrecht des Volkes über die Ernennung seiner Richter“)

Schulen:

- **selbstverwaltet durch die Lehrenden**
- **ohne Einflussnahme durch den Staat**
- **alle Schulen zu 100% durch Steuergelder finanziert**
- **persönliche Entwicklung hervorheben**
- **kein Zentralabitur**
- **Gesamtschulen statt Gesellschaftsaufspaltung**
- **Berufsausbildung in den Schulen anbieten**
- **Freigeistige Institution löst Länder ab**

Für unabhängige Medien *damit Berichterstattung vertrauensvoll wird*

Wir fordern Freiheit für die Berichterstattung. Sie darf weder durch Parteien noch durch die Wirtschaft beeinflusst werden.

Die öffentlich rechtlichen Medien sollen keine Vorteile mehr gegenüber den anderen Medien genießen, und die Gebührenerhebung soll nicht obligatorisch sein. Fernsehen und Rundfunk müssen sich selbst finanzieren und nur wenn der Einzelne diese nutzt, soll er zur Gebührenabgabe verpflichtet werden.

Für Kulturelles würden wir eine Förderung durch die öffentliche Hand von 10 bis 50 % anstreben. Unterhaltungsprogramme müssten ohne Förderung auskommen. Diese Kulturförderung sehen wir unabhängig vom Medium, sodass zB auch Zeitungen davon profitieren könnten.

Für eine unabhängige Kulturförderung *damit aus künstlerischer Betrachtung Kunst entsteht*

Die Kulturförderung sollte in die Hände der Kulturschaffenden gelegt werden. Dazu sollte auch das Volk befragt werden, denn die Menschen sind schlussendlich diejenigen, die die Kunst anschauen, besuchen, insgesamt also genießen.

Richter entscheiden mit den Gutachtern (professionelle Künstler), wer wieviel Geldzuwendungen bekommt bzw. anderweitig gefördert werden soll. Insofern ist der Staat nicht mehr verantwortlich für die Kultur.

... siehe auch „Für ein
Wahlrecht des Volkes
über die Ernennung
seiner Richter“ auf
Seite 11

Für das Hinterfragen der Finanzwirtschaft

damit das Recht zur Geldschöpfung in verantwortungsvolle Hände gelegt werden kann

Die Finanzwirtschaft liegt im Argen. Börse und Geldinstitute gehen ihre eigenen Wege und dienen nicht mehr der Wirtschaft, bzw. auch den Investoren nicht mehr genügend. Der Gewinn, die Gewinnstrategie steht im Vordergrund.

Wirtschaftliche Macht und Finanzunternehmen stehen zwar zusammen, aber berücksichtigen nicht die Kapitalwünsche der Bürger, die daran teilhaben sollten.

Kreditvergabe und wirtschaftliche Macht sind EINS geworden und die Entwicklung und Förderung allgemeiner Interessen, die wirtschaftlich oder geistig sind, werden nur nach „Profit“ für die Geldinstitute beurteilt.

So wird der Mensch, der sich in den Dienst des Kapitalismus stellt, immer mehr entmachtet und zu einem Rädchen des Kapitalismus degradiert.

Solange kein Vertrauen herrscht zwischen Banker, Unternehmer und Arbeiter / Angestellten, wird die Schere zwischen Arm und Reich noch größer werden. Nur neue Strukturen des Geldverkehrs, der Gewinnmaximierung die nicht zu Lasten des Bürgers geht, können den Umschwung bringen.

Viele Ausführungen sind nötig, um entsprechend die Wirtschaft und den Kapitalfluss wieder ins richtige Maß zu bringen. Diese Wirtschaftsordnung muss neu geschaffen werden, und wir haben die Absicht das zu fördern.

Übergeordnete GREMIEN aus Bankern, Wirtschaftlern, Verbrauchern und Händlern müssten entstehen um gerechte „Bewertungen von Geld und Sachwerten“ zu ermöglichen.

Zins auf Zins darf es nicht geben. Die Abnutzung des Geldes, so wie sich auch Immobilien abnutzen oder Lebensmittel verbraucht werden, muss künftig geregelt werden. Die verschiedenen Möglichkeiten dafür müssen noch erforscht und erarbeitet werden.

- **für eine dienende Finanzwirtschaft, nicht eine herrschende**
- **neue Strukturen des Geldverkehrs**
- **neue Wirtschaftsordnung fördern**
- **kein Zins auf Zinsen**

Für eine freie Impfentscheidung

damit sich kein gesellschaftlicher Zwang im Geistesleben etabliert

Die Menschen müssen die volle Souveränität über ihren eigenen Körper haben dürfen. Jeder Mensch muss individuell und eigenverantwortlich entscheiden können, ob eine Impfung das richtige Mittel in seiner aktuellen Lebenssituation ist, oder nicht. Und Eltern müssen dies frei für Ihre Kinder entscheiden.

Wer sich zu einer Impfung entschließt, tut dies aus persönlichem Schutzbedürfnis heraus. Man präferiert dabei aber nicht die Ausrottung einer Krankheit. Diese kann in einem begrenztem Gebiet für eine begrenzte Zeit eintreten, wenn sich viele gegen die selbe Krankheit impfen lassen, aber der Impfschutz wird für Niemanden geringer, nur weil dieser Nebeneffekt nicht eintritt. Es gibt somit gar keine gesellschaftliche Notwendigkeit eine Krankheit, gegen die es eine Impfung gibt, ausrotten zu wollen. Diejenigen aber, die ihr individuelles Schutzbedürfnis auf eine andere Art als durch eine Impfung sicherstellen, als Impfschmarotzer zu bezeichnen, ist unsittlich und ungeeignet den Frieden zwischen uns Mitbürgern zu fördern.

Das Masernschutzgesetz, dass eine freie Impfentscheidung nicht zulässt, werden wir abschaffen.

Wir präferieren die Herstellung von Impfstoffen, die ohne die umstrittenen Impfstärker wie Aluminium auskommen und in ihrer Dosierung zwischen Kindern und Erwachsenen unterscheiden. Auch muss es die Möglichkeit geben, einzelne Impfstoffe in Deutschland zu bekommen, ohne gleich eine Mehrfachimpfung nehmen zu müssen.

Daneben gibt es auch weltanschauliche Gründe auf eine Impfung zu verzichten und eine Kinderkrankheit bewusst in Kauf zu nehmen, weil diese zur Entwicklung des Kindes beitragen kann. Dass sich Menschen ernsthaft die Frage nach dem Sinn von Kinderkrankheiten stellen und verantwortlich in Zusammenarbeit mit Ärzten damit umgehen, halten wir für einen berechtigten und schützenswerten Ansatz den wir für diese Menschen gewährleisten wollen.

Der Kanstleramts-Chef hat ja 2020 eine Impfpflicht für CoVid-19 ausgeschlossen. Der Vollständigkeitshalber erwähnen wir aber, dass es mit uns keine Impfpflicht geben wird. Weder gegen CoVid-19, noch gegen eine andere Krankheit.

Natürlich wollen wir Aufklärung über die Gefährlichkeit von Krankheiten und die Stärkung unseres Immunsystems fördern, damit wir Bürger*innen eine eigenverantwortliche Entscheidung zum Thema Impfen treffen können

GLEICHHEIT IM RECHTSLEBEN

Das Rechtsleben umfasst die Staatsorganisation, das Prinzip gleiche Rechte für alle, ...

Für die Unverkäuflichkeit der menschlichen Arbeitskraft

damit der Mensch seine volle Würde erhält

Die Arbeitskraft wird zur Ware, indem der Arbeitgeber diese dem Arbeitnehmer abkauft. Damit verliert der Arbeitnehmer sein Recht am Hervorgebrachten.

Und genau dieser Umstand, dass der Mensch heute immer noch einen Teil von sich selbst verkaufen muss, ist das Unwürdige.

Es führt dazu, dass die Menschen sich nicht als ein Team verstehen können, die Gemeinsames hervorbringen, sondern sich in Gegnerschaften organisieren. So treten die großen und kleinen Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf.

Um das Leben zwischen uns Menschen friedvoller gestalten zu können, wollen wir die menschliche Arbeitskraft aus dem Wirtschaftsleben herauslösen und in das Rechtsleben holen. Darum sind wir für die Unverkäuflichkeit der menschlichen Arbeitskraft.

Denn das Hervorgebrachte gehört allen Beteiligten zusammen. Sie haben unterschiedlichen Anteil daran, je nach ihren Fähigkeiten und ihrem Engagement. Aus dem Erlös des Produktes / der Dienstleistung sollte sich die Bezahlung aller Beteiligten ergeben.

Der Anteil der Arbeit am Endprodukt sollte rechtlich festgestellt werden, um so den gerechten Lohn für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ermitteln.

So sollte auch der Gewinn eines Unternehmens, sofern er nicht der Betriebserneuerung und - Erweiterung dient, unter allen Beteiligten aufgeteilt werden.

Zur Leiharbeit:

Menschen, die heute als Leiharbeiter tätig sind, geraten nicht nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft in ein Untergebenen-Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber. Sie werden auch noch schlechter bezahlt als ihre Kollegen in Festanstellung und müssen obendrein ertragen, dass ihre Leihfirma einen großen Teil ihres Lohnes für sich behält.

Eigentlich müsste die Flexibilität, die ein Arbeitgeber an der Leiharbeit schätzt, mit einem zusätzlichen Bonus vergütet werden. Die Leiharbeit müsste für den Arbeitgeber teurer sein, als die Arbeit seiner Festangestellten. Und von einem Teil dieses Bonus - z.B. 10 % - kann dann auch eine Leihfirma für ihre vermittelnde Tätigkeit bezahlt werden.

Will man Deutschland nicht weiter als Billiglohnland etablieren, so muss man die rechtlichen Verhältnisse ins Gleichgewicht bringen.

Festanstellungen werden nicht dadurch geschaffen, dass es eine weitere Beschäftigungsform gibt, die billiger für den Arbeitgeber zu haben ist, sondern dadurch, dass diese anderen Beschäftigungsformen, die z.B. mehr Flexibilität für den Arbeitgeber bieten, teurer sind als die Festanstellungen.

- **für die Unverkäuflichkeit der menschlichen Arbeitskraft**
- **für die Aufteilung des Gewinns unter allen Beteiligten**
- **für eine Überwindung der Leiharbeit**

Für die Unverkäuflichkeit von Grund und Boden

damit ein Pachtsystem entstehen kann

- für ein Pachtsystem zwischen öffentlicher und privater Hand.

Grund und Boden sind der Spekulation zugänglich, weil Grundstücke momentan wie eine Ware behandelt werden. Da die Mieten und die Preise für Immobilien auch die Kosten des Grundstücks erwirtschaften müssen, steigen die Immobilienpreise mit zunehmender Spekulation / Geschäftstätigkeit.

Aber anders als Waren, sind Grund und Boden nicht vermehrbar.

Will man also einen Preistreiber in Bezug auf Grund und Boden entschärfen und damit Immobilien und Mieten günstiger machen, so müssen Grund und Boden aus dem Wirtschaftsleben in das Rechtsleben übergeführt werden. Das heißt, Grund und Boden dürfen nicht mehr Waren sein, sondern müssen Rechtsbeziehungen zwischen öffentlicher und privater Hand werden.

Darum streben wir für alle zukünftigen Grundstücksveräußerungen ein Pachtsystem zwischen öffentlicher und privater Hand an.

Für ein Wahlrecht des Volkes über die Ernennung seiner Richter

damit diese vom Volk anerkannt werden

Die Rechtssprechung soll durch unabhängige Richter, die von den Wahlberechtigten für die Dauer von 5 Jahren gewählt werden, erfolgen.

Diese Richter ernennen Fachleute/Gutachter, die, mit der Unterstützung der Richter und nach geltendem Recht, das Urteil fällen.

Fachleute sind auf ihrem Gebiet kompetenter als Richter und können darum sicherer ein Urteil sprechen. Richter sind in Rechtsangelegenheiten kompetenter. Aus dem Zusammenspiel der beiden soll sich das gerechte Urteil ergeben.

Es kann auf Antrag und nach Wunsch des Beklagten ein weiterer vom Gericht anerkannter Gutachter befragt werden.

Für ein Mitbestimmungsrecht der Beitragszahler in den Krankenkassen

damit ein passender Leistungskatalog entsteht

Ähnlich, wie heute noch die Arbeitskraft und Grund und Boden als Ware verstanden werden, ist auch im Gesundheitswesen die Gewinnmaximierung in den Vordergrund gerückt.

So geschickt es auch für Verwaltung und Buchhaltung sein mag, die Arbeit am Menschen zu klassifizieren und in Zeiteinheiten zu unterteilen, so unangebracht ist es für Pflegende/ Heilende und die Patienten.

Um den Menschen im Gesundheitswesen wieder etwas mehr in den Mittelpunkt zu rücken, fordern wir ein Mitbestimmungsrecht für die Beitragszahler. Der Leistungskatalog soll den in einer Krankenkasse organisierten Bürgern entsprechen und diese unterstützen.

Die Alternativen Methoden sind heute zu wenig anerkannt und werden deshalb aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen weitgehend ausgeschlossen. Ändert sich dies, so können viele chemische Produkte, die in der Medizin eingesetzt werden, vermieden werden.

Noch stärker haben es sich die Solidargemeinschaften zur Aufgabe gemacht, zwischen Patienten und Helfenden ein Gleichgewicht zu schaffen, dass dem einen eine gute Versorgung sichert und dem Anderen ein gutes Einkommen, während die Verwaltung sehr überschaubar bleibt.

Für die Solidargemeinschaften, in denen sich Bürger gegenseitig solidarisch und subsidär absichern und in Eigenverantwortung handeln, fordern wir die rechtliche Gleichstellung zu den Krankenkassen.

Wir fordern für alle Bürger das Recht zwischen Krankenkassen und Solidargemeinschaften frei wählen zu dürfen.

- **Mitbestimmungsrecht für Beitragszahler**
- **volle rechtliche Anerkennung für Solidargemeinschaften**
- **freies Wahlrecht zwischen Gesetzlichen Krankenkassen und bürgerlichen Solidargemeinschaften**

Für die Nichtbesteuerung des lebensnotwendigen Einkommens damit Leistung sich wieder lohnt ; -)

3000 € („Brutto“) pro Monat pro Verdienendem sollten steuerfrei bleiben. Für Ehepartner zusätzlich 2000 Euro, damit die natürlichen und kulturellen Bedürfnisse einkommenssteuerfrei bleiben.

Wohnimmobilien im Wert von bis zu einer Million Euro sollten steuerfrei an Kinder vererbt werden können. Erst oberhalb dieser Grenze befürworten wir eine Erbschaftssteuer.

Unternehmen müssen erhalten bleiben. Auch hier sollte die erste Million ohne Erbschaftssteuer weitergegeben werden dürfen. Sollten keine liquiden Geldmittel vorhanden sein, so ist die Erbschaftssteuer vom künftigen Gewinn innerhalb der nächsten Jahre zu bezahlen.

Es darf keine Bevorzugung für Unternehmen geben, außer sie stellen Arbeitslose, Langzeitarbeitslose ein, die keine Kosten mehr verursachen, die der Steuerzahler tragen müsste.

Die Ungleichbehandlung von großen und kleinen Unternehmen in steuerlicher Hinsicht soll beendet werden.

Und wo Gewinn erwirtschaftet wird, muss er auch versteuert werden. Eine gemeinsame Steuerregelung in Europa muss doch kommen - erst in Westeuropa, dann auch in Osteuropa.

Der Unternehmersteuersatz ist zur Zeit zu gering, 40% wären angemessen. Dies gilt auch für Aktiengewinne und die Vermögenssteuer.

Für eine selbstbestimmte Einwanderungspolitik damit die Achtung vor dem Recht nicht verloren geht

Das Thema Flüchtlinge ist wohl eines der schwierigsten das sich im Moment darbietet. Man wird förmlich zerrissen zwischen dem Mitgefühl für das einzelne Schicksal einerseits und den gestellten Anforderungen, die sich auf Grund der schier Masse ergeben, andererseits.

Beiden Seiten gerecht zu werden und gleichzeitig die eigene Identität zu wahren, ist ein schwerer Akt, den wohl alle in unserer Zeit auf ihre Art miterleben.

Wir wollen versuchen das Thema in möglichst vielen Punkten zu betrachten, um zielführende Lösungsvorschläge zu machen.

Symptombekämpfung:

Wir unterstützen die Forderung ein Anrecht auf Asyl bereits im Herkunftsland oder in den direkten Nachbarländern zu klären. Einerseits, um eine geordnete, nicht lebensgefährliche Flucht zu ermöglichen, und andererseits, um Betroffene nicht durch unbegründete Hoffnungen in die Arme von skrupellosen Schleppern zu treiben.

Ein solches Vorgehen fordert weitere Schritte, sowohl die Unterstützung vor Ort in den betreffenden Regionen als auch möglichst sichere Außengrenzen.

„Gesetz ist mächtig, mächtiger ist die Not“ (Goethe)

Eine Tolerierung von gewolltem oder ungewolltem Gesetzesbruch darf es in unserem Land nicht geben. ZB.:

Die Eltern haben die Erziehungspflicht für ihre Kinder und Jugendlichen. Sie dürfen ihren Nachwuchs nicht missbrauchen, indem sie ihn alleine auf die „Reise“ schicken, nur um für sich ein Nachzugsrecht zu legitimieren.

Dokumentenfälschung ist eine Straftat. Wir finden, wer sich mit gefälschten Dokumenten das Recht auf Asyl erschleichen will, verliert jeglichen Anspruch auf Asyl.

Bürokratie, die erst verspätet zum Einsatz kommt und dann die gewordenen Lebensbedingungen nicht mehr berücksichtigt, halten wir ebenfalls für unangebracht:

Wird der rechtliche Status eines Menschen erst nach langer Zeit festgestellt und geht dieser Mensch schon einer Beschäftigung/Ausbildung nach und integriert sich vorbildlich, so sollte man von einer Ausweisung absehen können. Sie ist menschlich nicht mehr nachvollziehbar.

Wer sich integriert und eine Ausbildung/Lehre absolviert, soll die Ausbildung auch in Deutschland beenden dürfen. Wenn er weiterbeschäftigt wird, soll er auch bleiben können.

Wir wollen die bürokratischen Hürden für die Arbeitsaufnahme von Asylbewerbern vereinfachen und abbauen.

Für die Neutralität Deutschlands

damit der Friede bewahrt wird

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges herrscht Frieden in Deutschland. Das sind nun im Jahr 2018 rund 73 Jahre.

Die Schweizer leben nun seit gut doppelt so vielen Jahren in andauerndem Frieden. Ihr Garant sind nicht Atombomben, sondern die Neutralität.

Wir glauben, dass die Neutralität unseres Landes die Gewähr für andauernden Frieden sein wird. Darum streben wir die Neutralität Deutschlands und Bayerns an.

Für den Austritt aus der Nato

weil wir an Kriegen nicht beteiligt sein wollen

Wir wollen die Beendigung der NATO-Mitgliedschaft für Deutschland und den Abzug der Atomwaffen.

Wir unterstützen nicht die NATO-Osterweiterung, sondern streben eine Versöhnung mit Russland an. Die Einkesselung Russlands ist offenkundig und führt letzten Endes zur Katastrophe eines Nuklearkrieges.

Die USA sind nicht an friedlichen Lösungen in der Welt interessiert, da der Militärische Faktor, also Waffenerzeugung und -verkauf nicht hinterfragt werden, sondern auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind.

Für den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsarmee

damit die Neutralität geschützt werden kann

Wir unterstützen die Bildung einer eigenständigen Europäischen Verteidigungsarmee. Mit allen EU-Staaten, die ebenfalls aus der NATO austreten oder nicht Mitglied sind, soll eine gemeinsame Verteidigungsstrategie gefunden werden.

Für eine wirkungsvolle Spionageabwehr

damit Freunde nicht zu Feinden werden

Die Spionage durch Amerikas Botschaften in Deutschland muss unterbunden werden. Alle derartigen Spionageanlagen müssen demontiert werden. Gegebenenfalls müssen die Botschafter und ihr Personal ausgewiesen werden, denn Spionage darf nicht straffrei bleiben.

Für ein souveränes Europäisches Parlament damit das europäische Volk die europäische Union lenkt

Das Europäische Parlament hat zwei Aufgaben, die eine größtmögliche Geschlossenheit fordern. Erstens innerhalb Europas durch einheitliche Rechtsverhältnisse zu wirken, und zweites nach außen eine überparteiliche Position zu zeigen, die die Außenpolitik Europas als Ganzes darstellt. Für beide Aufgaben sind Bescheidenheit und der kleinste gemeinsame Nenner der Garant für das Sprechen mit einer Stimme und damit für die Anerkennung Europas nach innen und nach außen.

Nach innen hin sollte das Europäische Parlament die supranationalen Gesetze bestimmen, den Ländern jedoch die Eigenverantwortung für das Lösen ihrer nationalen Belange überlassen. Viele Gesetzesänderungen sind nötig, um dies zu bewerkstelligen.

Die Mehrheiten der jeweiligen Abgeordneten in übergeordneten „Parteien“ haben die Aufgabe Gesetzesentwürfe einzubringen, denn dafür sind sie doch gewählt worden; nicht aber die Kommissare, die über die Köpfe des EU-Parlamentes hinweg bestimmen.

Nähere Angaben hinsichtlich der Behandlung der gemeinsamen Anliegen müssen im Europäischem Parlament selbst entschieden werden.

Denn sonst zerfällt die Europäische Gemeinschaft, wie dies bereits der Brexit zeigt. Die Abspaltung einzelner Länder wird sich immer mehr durchsetzen, wenn in Zukunft keine gemeinsame Rechtspolitik geschaffen wird.

Nach außen hin ist durch das Europäische Parlament der kleinste gemeinsame Nenner der Willenspolitik - seien es die atomare Abrüstung oder Handelsverträge mit Russland, Amerika, China, den Schwellenländern usw. - zu bekunden. Diese gemeinsame Willensbildung muss im Europäischen Parlament „Gesicht gewinnen“ und als gesamteuropäischer Wille wahrgenommen werden.

Die gemeinsame Außenpolitik ist die größte Aufgabe des Europäischen Parlamentes, und die Sicherheit Europas hat dabei höchste Priorität. Wir fordern eine friedliche Wirtschaftspolitik, die nicht durch Übermacht wirtschaftliche Hemmnisse hervorruft, sondern die Weltentwicklung in jeder Hinsicht berücksichtigt.

Eine gemeinsame Friedenspolitik muss das Vorrangigste sein, um Europas Existenz weiterhin zu sichern. Wir brauchen die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie, um einen drohenden Nuklearkrieg zu verhindern, der durch die militärische Aufrüstung der Nuklearnationen immer mehr heraufbeschworen wird.

Dies ist unser TOP-ANLIEGEN: Europa vor drohenden Gefahren zu sichern. Soweit sollte in der EU ein Verständnis entwickelt werden, dass der Frieden größte Priorität hat, sowohl nach innen wie nach außen.

Die nächsten Jahre zeigen: Die Einheit Europas steht auf dem Spiel, wenn nicht umgedacht wird und Europas Gesetze erneuert werden. So fordern wir eine NEUE EUROPAPOLITIK, die dem Bürger in Europa Sicherheit, Frieden und Selbstbestimmung bietet.

Brüderlichkeit (Solidarität) im Wirtschaftsleben

Für eine Mindestrente

damit Altersarmut entgegengewirkt werden kann

Da es die Regierungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland versäumt haben, für gerechte Löhne zu sorgen, sollte es für deutsche Staatsangehörige eine Mindestrente geben. Diese sollte 1.200 € pro Monat und Person betragen. Auch für diejenigen, die wegen Krankheit, Kindererziehung oder aus welchen Gründen auch immer, nicht arbeiten konnten. Dies gilt aber nur für deutsche Staatsangehörige, da der jeweils eigene Staat für seine Bürger zuständig ist. Eine Ausnahme bilden aber Ausländer die in Deutschland weiterhin leben und bereits eine Rente beziehen, diese sollten ebenso in den Genuss der Mindestrente kommen.

Bei einer Altenheim-Unterbringung müssen Angehörige (Kinder) und falls dies nicht der Fall ist und die Rente nicht reicht, der Staat die übrigen Kosten übernehmen.

Pflegepersonal im Krankenhaus und Altersheim

Der Pflegenotstand wird durch die Anhebung der Löhne des Pflegepersonals wohl aufgehoben werden können. (30% Erhöhung wäre angemessen)

Für eine biologische Landwirtschaft

damit unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben

Wir setzen uns für eine Landwirtschaftssubvention ein, die ausschließlich biologisch wirtschaftende Betriebe fördert. Die Subventionshöhe richtet sich dabei nach der Anzahl der Beschäftigten.

Der Verzicht auf umweltschädigende Pestizide gehört für uns zum aktiven Bewahren unserer Lebensgrundlagen dazu. Durch diese Pestizide sterben Insekten und Vogelarten. Luft, Boden und Wasser werden immer mehr verschmutzt. Das wollen wir nicht fördern.

Natürliche Düngung ist eine Alternative. Diese soll durch Forschung weiter vorangetrieben und entwickelt werden.

Für die Abschaffung der Massentierhaltung damit unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben

Die gesundheitsschädliche Massentierhaltung für Tiere muss verboten werden.

Antibiotika-Behandlung von Tieren, die beim Menschen Antibiotika-Resistenz bewirken können, dürfen nicht mehr prophylaktisch eingesetzt werden, sondern nur wenn sie unabdingbar sind.

Studien, die unabhängig von Staat und Wirtschaft sind, sollten allein darüber entscheiden, was unbedenklich für Tier und Mensch ist.

Für eine ausgewogene Verkehrspolitik damit alle etwas davon haben

Wir unterstützen keine dritte Lande- und Startbahn für den Münchener Flughafen. Wir wollen der dortigen Bevölkerung keine weitere Lärmbelästigung zumuten.

Ein neuer Flughafen könnte jedoch im ländlichen Gebiet gebaut werden und dadurch die Infrastruktur des Landes stärken und Arbeitsplätze schaffen.

Anliegerkosten

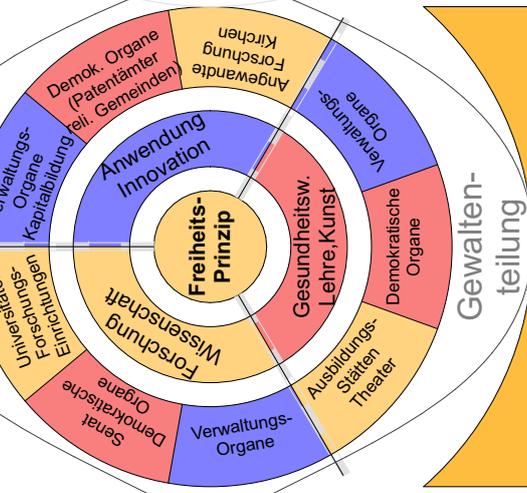
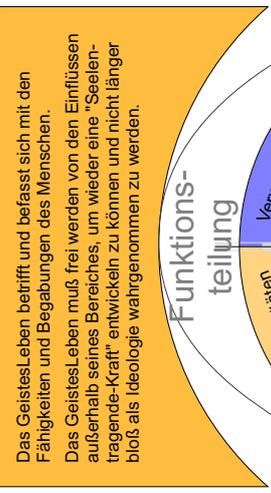
Die Straßensanierung soll hauptsächlich über die KFZ- Steuer bezahlt werden. 90% kämen in unserer Rechnung vom Staat, 10 % von Anliegern, wenn sie Mieteinnahmen haben (da der Haus- und Grundbesitz durch sanierte Straßen im Wert steigt), und ebenso von begüterten Bürgern. Bürgersteige sind Gemeindeangelegenheit und somit von der Gemeinde zu bezahlen.

Haben Bürger bereits zu viel bezahlt, muss eine Rückerstattung erfolgen: Gleiches Recht für alle.

ANHANG

Diese Darstellung der "Dreigliederung des Sozialen Organismus" erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es gibt viele mögliche Darstellungen der "Sozialen Dreigliederung", je nachdem welche Aspekte betont werden sollen. Hier sollen die Aspekte der Gewaltenteilung und der Aufteilung des Einheitsstaates in Kultur, Recht und Wirtschaft dargestellt werden. Auch das "wie im Großen so im Kleinen" ist ersichtlich.

KulturSystem



Farbe = hier kommt das KooperationsPrinzip zur Anwendung
Blau = hier handelt es sich um das WirtschaftsLeben
Farbe = hier kommt das GleichheitsPrinzip zur Anwendung
Rot = hier handelt es sich um das RechtsLeben
Farbe = hier kommt das FreiheitsPrinzip zur Anwendung
Gelb = hier handelt es sich um das GeistesLeben

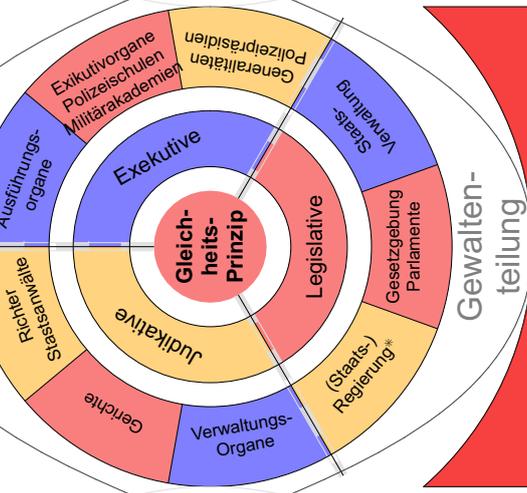
KulturSystem

Forderungen der Sozialen Dreigliederung
 Trennung von Wirtschafts- und Rechtssystem
 Trennung von Rechts- und KulturSystem
 Trennung von Kultur- und WirtschaftsSystem

Gewaltenteilung des WirtschaftsSystems in Konsumtion, Markt und Produktion
 Gewaltenteilung des RechtsSystems in Judikative, Legislative und Exekutive, wie wir sie schon haben
 Gewaltenteilung des KulturSystems in Forschung, Lehre, und Anwendung

RechtsSystem

Das RechtsLeben betrifft die Beziehungen von Mensch zu Mensch oder vom Einzelnen zu Personengruppen. Der Staat muß sich aus dem GeistesLeben zurückziehen, so wie auch die Kirche sich zurückziehen musste. Er muß z.B. die Arbeitskraft in sein Gebiet aufnehmen und sie vom Waren-Charakter befreien.



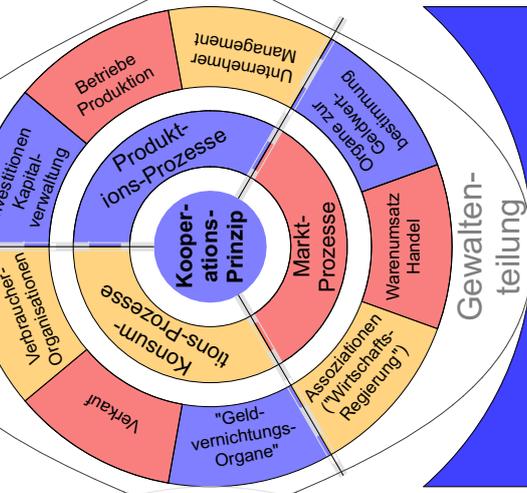
Farbe = hier kommt das FreiheitsPrinzip zur Anwendung
Gelb = hier handelt es sich um das GeistesLeben
Farbe = hier kommt das KooperationsPrinzip zur Anwendung
Blau = hier handelt es sich um das WirtschaftsLeben
Farbe = hier kommt das GleichheitsPrinzip zur Anwendung
Rot = hier handelt es sich um das RechtsLeben

RechtsSystem

*Die (Staats-) Regierung wird heute zur Exekutive gezählt. Durch die spezifische Gestalt der Dreigliederung des Sozialen Organismus kann sie in der Legislative verbleiben und nur noch ihr im Hintergrund agierender Apparat gehört nun der Exekutive als Ausführungsorgane an.

WirtschaftsSystem

Das WirtschaftsLeben betrifft die Bedürfnisbefriedigung der Menschen. Es hat zur Grundlage die Natur und die Rechtsverhältnisse. Alles was ins WirtschaftsLeben gerät wird zur Ware. Die menschliche Arbeitskraft und Grund und Boden dürfen nicht Ware sein. Sie sind Rechtsbeziehungen. Und Rechte sollen nicht käuflich sein.



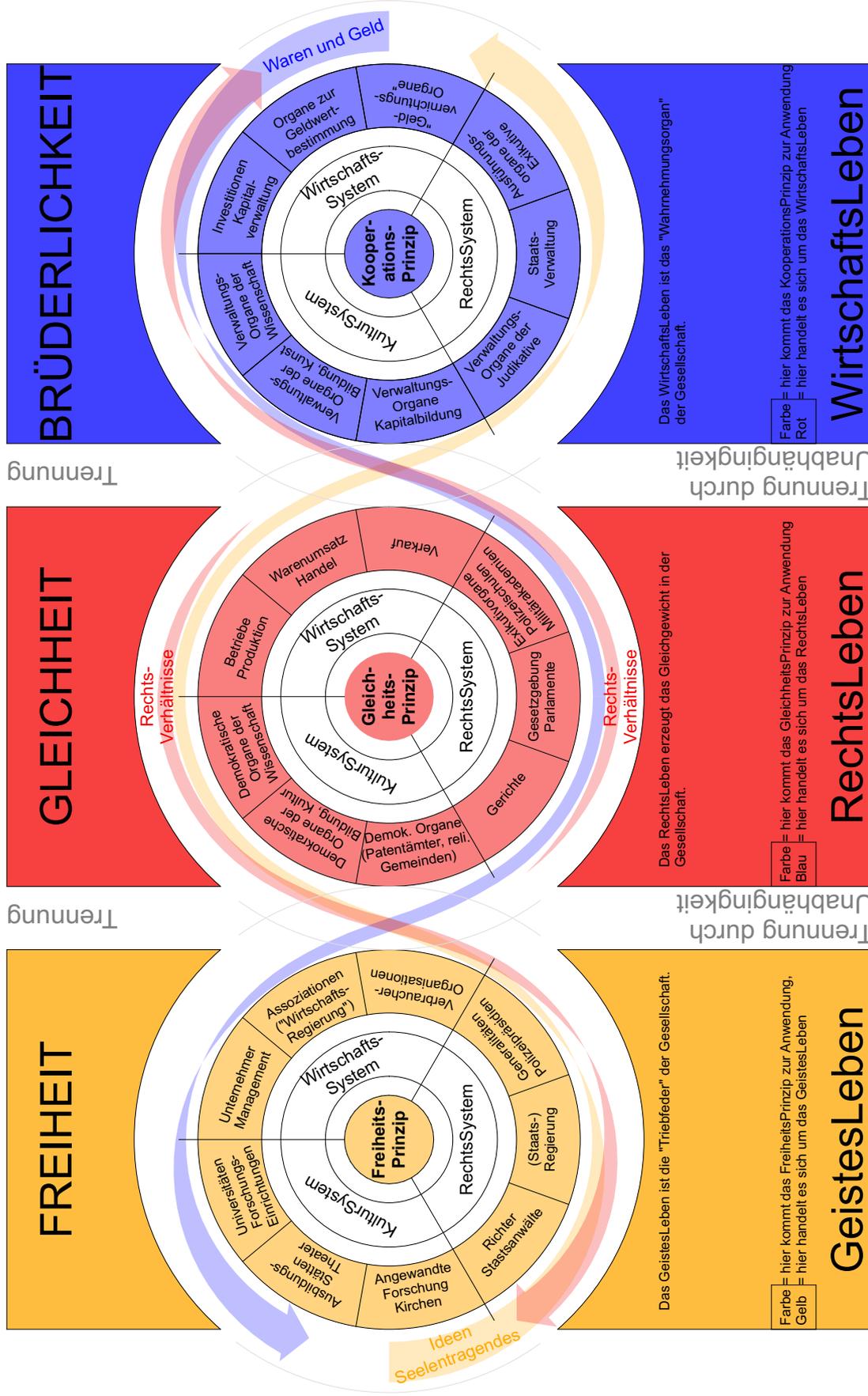
Farbe = hier kommt das GleichheitsPrinzip zur Anwendung
Rot = hier handelt es sich um das RechtsLeben
Farbe = hier kommt das FreiheitsPrinzip zur Anwendung
Gelb = hier handelt es sich um das GeistesLeben
Farbe = hier kommt das KooperationsPrinzip zur Anwendung
Blau = hier handelt es sich um das WirtschaftsLeben

WirtschaftsSystem

— = Trennung durch Unabhängigkeit

Literatur:
 Die Kernpunkte der sozialen Frage (R. Steiner)
 Die funktionale Struktur von Mensch und Gesellschaft (J. W. Rohen)
 Ersteller: Markus Hornik, plattformarchitekten

Diese Darstellung der "Dreigliederung des Sozialen Organismus" erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es gibt viele mögliche Darstellungen der "Sozialen Dreigliederung", je nachdem welche Aspekte betont werden sollen. Hier sollen die Aspekte der Gewaltenteilung und der Aufteilung des Einheitsstaates in Kultur, Recht und Wirtschaft dargestellt werden. Auch das "wie im Großen so im Kleinen" ist ersichtlich.



Forderungen der Sozialen Dreigliederung
 Trennung von Wirtschafts- und RechtsLeben
 Trennung von Rechts- und GeistesLeben
 Trennung von Geistes- und WirtschaftsLeben

Gewaltenteilung des WirtschaftsSystems in Konsumtion, Markt und Produktion
 Gewaltenteilung des RechtsSystems in Judikative, Legislative und Exekutive, wie wir sie schon haben
 Gewaltenteilung des KulturSystems in Forschung, Lehre, und Anwendung

Literatur:
 Die Kernpunkte der sozialen Frage (R. Steiner)
 Die funktionale Struktur von Mensch und Gesellschaft (J. W. Rohen)
 Ersteller: Markus Homik, plattformarchitekten

ANSPRECHPARTNER

Rainer Hornik Bundes-Vorsitzender

rainer.hornik@partei-fuer-freiheit-gleichheit-bruederlichkeit.de

Felicitas Vogt Bundes-Schatzmeisterin

felicitas.vogt@partei-fuer-freiheit-gleichheit-bruederlichkeit.de

Markus Hornik Bundes-Sekretär

089 / 120 380 76

markus.hornik@partei-fuer-freiheit-gleichheit-bruederlichkeit.de